

# Erbitterter Streit wird zu unendlicher Geschichte

Befürworter und Gegner des geplanten Neubaugebiets „Am See“ stehen sich seit Jahren unversöhnlich gegenüber

Von Sascha Diehl

**WEINSHEIM** Die Fronten sind verhärtet: Seit Jahren streiten Befürworter und Gegner des geplanten Baugebiets „Am See“, das im Verwaltungsdeutsch den wenig schmückenden Namen „WEI 7“ trägt, um die Frage, ob das Baugebiet ausgewiesen und gebaut werden darf. Eine Frage, die die Stadtverwaltung mit Oberbürgermeister Michael Kissel (SPD) an der Spitze und die Stadtratsmehrheit von SPD und CDU unüberhörbar mit „Ja“ beantwortet. Allerdings: Das „Nein“ der Gegner, also von Grünen, FWG/Bürgerforum, FDP und mehreren Anwohnern „Am See“ und des „Viehwegs“ schallt seit dem Jahr 2010 mindestens genauso laut durch die Stadt.

Konkret dreht sich der Streit um die Zuverlässigkeit von Gutachten, um Tiere, die im Bereich des vermeintlichen Nobelviertels leben oder nicht, die Zerstörung von Biotopflächen, Lärmbelästigungen und die Seriosität der Firma „Profecto GmbH“, die das Baugebiet als Investor entwickeln und erschließen soll.

## Konflikt wird Schlammschlacht

Der Zwist zwischen den sich unversöhnlich gegenüberstehenden Parteien ist in der Vergangenheit derart eskaliert, dass die Angelegenheit inzwischen einer Schlammschlacht gleichkommt. Etwa, weil die Streitenden bereitwillig „Nettigkeiten“ austauschen und sich wechselseitig mit Schuldzuweisungen überbieten. Die Vorwürfe reichen dabei von einer „bewussten Täuschung der Öffentlichkeit“, über „Ränkespiele um Pöstchen“, bis hin zur Manipulation von Bildern.



Das Baugebiet WEI 7, hier eine schematische Darstellung, erhitzt die Gemüter. Grafik: Stadt Worms

In diesem Zusammenhang hatte etwa Grünen-Fraktionsvorsitzender Kurt Lauer öffentlich behauptet, dass „OB Kissel und dem Investor ein enges Verhältnis nachgesagt wird“. Zudem stellen die Grünen infrage, ob die „Profecto GmbH“ als Investor geeignet sei, da die Firma keine entsprechenden Referenzen vorweisen könne.

Im Gegenzug war in der Vergangenheit immer wieder zu hören, dass die Anwohner „Am See“ ein Neubaugebiet angeblich nur

deshalb verhindern wollen, weil sie keine Nachbarn für ihre privilegierte Wohnlage akzeptieren. Genau dem hatte aber Bodo Ernst, Sprecher der Eigentümergemeinschaft, stets vehement widersprochen und betont, dass für die Bürger die Versiegelung von landschaftlichen Flächen außerhalb der Ortslage, der Naturschutz und die Gefährdung von Menschen im Fokus stehe.

Das alles hat die Mehrheitsfraktionen von CDU und SPD im Stadtrat nicht davon abgehalten bereits im

Juni 2010 eine Änderung des städtischen Flächennutzungsplans zu beschließen und damit grundsätzlich den Weg für eine Bebauung freizumachen. Da nützte es den WEI 7-Gegnern auch nichts, dass die Baugebiets-Pläne gewissermaßen eine Kehrtwende in der städtischen Politik darstellen, zumal unter der Ägide der Oberbürgermeister Wilhelm Neuss und Gernot Fischer eine Bebauung stets ausgeschlossen worden war.

Als Reaktion hierauf hatte die Allianz der WEI 7-Gegner sich juris-

tischen Beistand geholt und eine Kölner Sozietät, beauftragt, Bebauungsplan und Gutachten unter die Lupe zu nehmen. Das Urteil der Kölner Anwälte: Der Plan, so hieß es im September 2010, sei wenigstens in Teilen nicht rechtskonform.

## SPD und CDU unbeeindruckt

Ein Urteil, von dem sich die Befürworter des Baugebiets unbeeindruckt gezeigt haben. Anfang des Jahres, genauer gesagt Ende Januar, haben SPD und CDU gegen die Stimmen von Grünen, FWG/Bürgerforum und der FDP einen städtebaulichen Vertrag mit der Firma Profecto abgeschlossen. Ein Vorgehen, das beispielsweise OB Michael Kissel und CDU-Fraktionschef Dr. Klaus Karlin stets verteidigt haben, da der Kontrakt sämtliche Risiken von der Stadt nehme und dem Investor aufbürde. Unter anderem ist in dem Vertrag geregelt, dass der Investor alle anfallenden Kosten tragen, Maßnahmen zum Natur- und Artenschutz mit der Verwaltung abstimmen oder „Maßnahmen zur Umsetzung dieses Vertrages“ erst durchführen darf, wenn der Bebauungsplan Rechtskraft erlangt hat. Versöhnt hat dies die Streitenden Lager freilich nicht, sodass ein Kompromiss unmöglich erscheint.

Und das, obwohl die Stadtratsfraktionen, als sie zuletzt über den Bebauungsplänenentwurf zu „WEI 7“ beraten sollten, sich gewissermaßen vertagt und die Verwaltung aufgefordert hatten, nachzuarbeiten. Unter anderem wurde ein neues Naturschutzgutachten erstellt, das inzwischen zwar vorliegt, aber ebenfalls zu keiner einvernehmlichen Lösung geführt hat.

Wormser Wohnstatt 01.06.2013